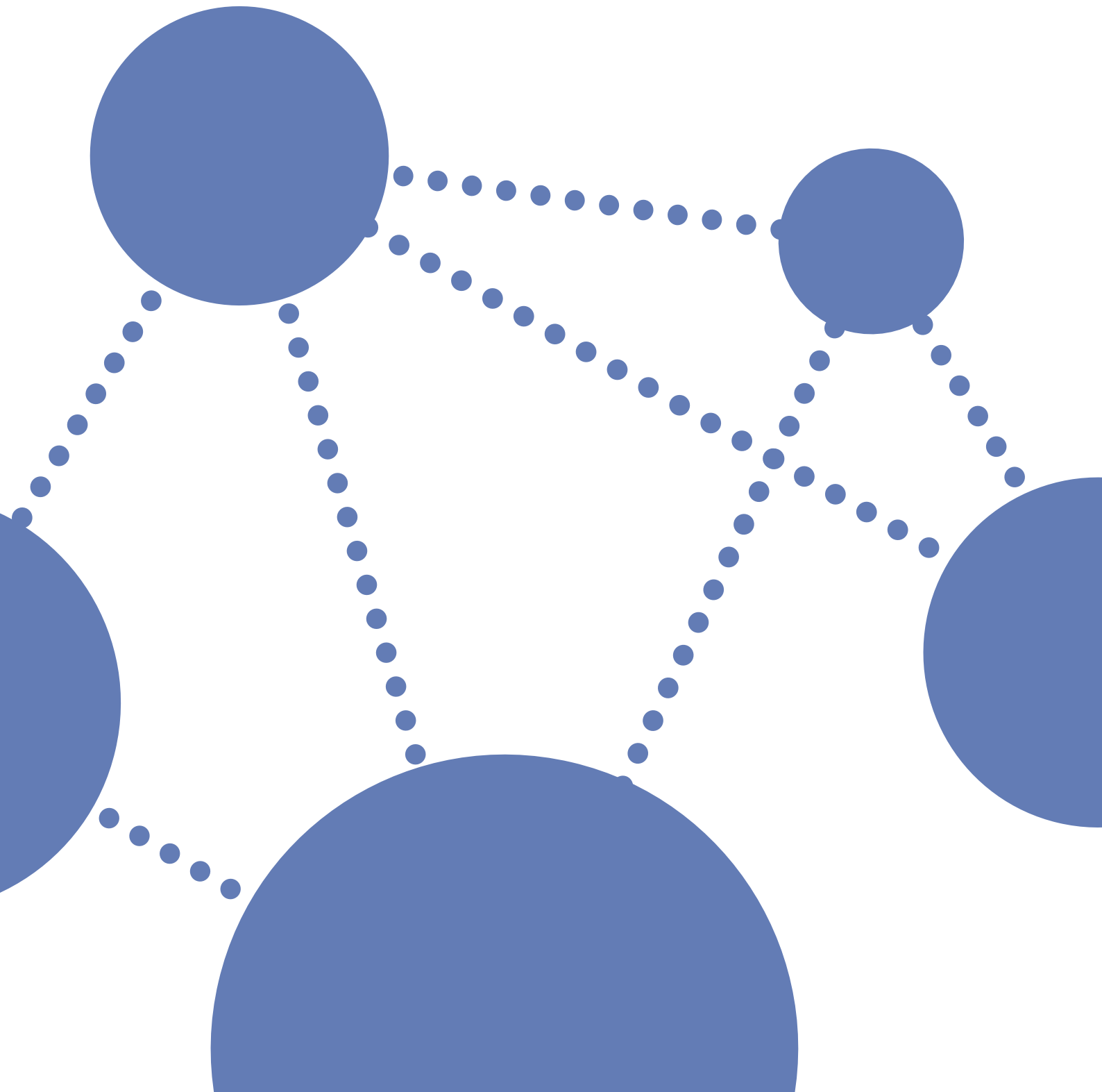


**NeSoVe**

NETZWERK SOZIALE VERANTWORTUNG

JAHRESBERICHT

2023



Netzwerk Soziale Verantwortung  
Jahresbericht 2023

Redaktion

Tina Rosenberger

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger

Netzwerk Soziale Verantwortung  
c/o KSÖ  
Schottenring 35/DG  
1010 Wien

Tel: 0660/88 35 409

[office@sozialeverantwortung.at](mailto:office@sozialeverantwortung.at)

ZVR-Nummer: 069638267

Bankverbindung:  
IBAN: AT45 1400 0171 1002 6943  
BIC: BAWAATWW



Diese Veröffentlichung wird aus Mitteln der Arbeiterkammer Steiermark gefördert und mit Unterstützung der PRO-GE vervielfältigt.

## Vorwort

von Tina Rosenberger, Geschäftsführerin

Auch das Jahr 2023 stand im Zeichen des EU-Lieferkettengesetzes. So fand im ersten Halbjahr die Positionierung des EU-Parlaments statt und zu Jahresende konnte im Zuge der Trilog-Verhandlungen sogar ein Kompromiss erreicht werden. Doch dieser zählte leider nur vorläufig, wie wir wenige Wochen später erfahren mussten.



Das Jahr 2023 unterstrich einmal mehr die Bedeutung von demokratischen Entscheidungsprozessen und Verhandlungen. Nachdem die EU-Kommission im Februar 2022 ihren Vorschlag vorstellte und der Rat seine Position im Dezember 2022 beschloss, legte das EU-Parlament als letzte Institution am 1. Juni 2023 seine Position fest. Der Versuch von einzelnen Abgeordneten den Text noch kurzfristig zu verwässern, scheiterte. Denn die Mehrheit der EU-Parlamentarier:innen bekannte sich auch im Zuge der finalen Abstimmung zum Kompromiss, welcher einige Wochen zuvor im Rechtsausschuss des EP erzielt wurde. Der beschlossene Text ist wesentlich progressiver als die Positionen der Kommission und des Rates. Somit wurde der Grundstein für die weiteren Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen, den sogenannten Trilog-Verhandlungen, gelegt. Diese sind essentiell für die demokratischen Gesetzgebungsprozesse der EU-Institutionen und zugleich auch Schauplatz von zahlreichen Kompromissen.

Hervorzuheben gilt auch das Engagement von Politiker:innen wie beispielsweise dem EU-Justizkommissar Didier Reynders und der zuständigen Berichterstatterin des Europäischen Parlaments Lara Wolters, die sich über Parteigrenzen hinweg dem dringend notwendigen Handlungsbedarf zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt annahmen.

Denn Fakt ist: auch 10 Jahre nach der Katastrophe von Rana Plaza, der schwersten Tragödie in der Geschichte der Bekleidungsindustrie mit über 1.100 Toten gab es noch immer kein Gesetz, das Unternehmen zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten verpflichtet. Menschenrechte brauchen Gesetze! Unsere gleichlautende Kampagne führten wir auch im Jahr 2023 fort. Die Perspektive von Betroffenen muss im Mittelpunkt des Lieferkettengesetzes stehen. Schlupflöcher, die die Wirksamkeit des Lieferkettengesetzes gefährden, müssen gestopft werden. Diese Forderungen thematisierten wir auch bei unseren Terminen mit Justizministerin Alma Zadić und Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher.

Gemeinsam mit zahlreichen NGOs und Gewerkschaften werden wir auch weiterhin auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene dafür eintreten, dass Menschenrechte und die Umwelt vor Profitinteressen gestellt werden!

*Tina Rosenberger*

## Selbstverständnis des NeSoVe

Der Verein fordert die Durchsetzung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien als Grundprinzipien des Handelns von Unternehmen.

Ziel des Vereins ist es, für alle Unternehmen verpflichtende gesetzliche Regeln auf nationaler, EU- und internationaler Ebene auf hohem Niveau zu bewirken. Regulative Maßnahmen können – wo sinnvoll – durch freiwillig eingegangene Verpflichtungen (CSR-Maßnahmen) ergänzt werden, sofern anspruchsvolle und verifizierbare bzw. kontrollierbare Regeln festgelegt werden.

Dabei ist der Verein der Überzeugung, dass die Festlegung gesellschaftlich wünschenswerter Handlungsweisen von Organisationen und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung sowohl auf freiwilliger als auch auf allgemein verbindlicher Ebene eine öffentliche Aufgabe ist, die demokratisch legitimierten Institutionen obliegt. Eine Übertragung und damit Privatisierung dieser Aufgabe auf Unternehmenskreise und von diesen kontrollierten Stakeholder-Dialogen ist daher abzulehnen.

Durch den Zusammenschluss gibt der Verein den von Unternehmenspolitik betroffenen Stakeholdern (Arbeitnehmer:innen, Verbraucher:innen und NGOs) ein stärkeres Gewicht und verbessert damit die Bedingungen zur Durchsetzung gesellschaftlicher Verantwortlichkeit als Prinzip des wirtschaftlichen Handelns. Der Verein lobbyiert in diesem Sinne auf nationaler und europäischer Ebene, unterstützt den Zusammenschluss nationaler Netzwerke für Corporate Accountability (im Sinne von verbindlicher Unternehmensverantwortung), kontrolliert unternehmerisches Handeln und Verstöße gegen soziale, gesellschaftliche, arbeitsrechtliche, ökologische und menschenrechtliche Standards, sowie den Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit sogenannter CSR-Maßnahmen. Darüber hinaus sensibilisiert der Verein die Öffentlichkeit zu Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen in Politik und Wirtschaft.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der BAO.



## Verein

### Geschäftsführerin

- > Tina Rosenberger

### Mitarbeiter:innen

- > Alexander Eigner (Projektmitarbeiter bis Jänner 2023)
- > Nivine El-Aawar (Projektmitarbeiterin; April bis Oktober 2023)

### Vorstand

- > Stefan Grasgruber-Kerl (Südwind), Vorstandsvorsitzender
- > Anna Mago (Fairtrade)
- > Andrew Lindley (Betriebsrat, Austrian Institute of Technology, AIT), Finanzreferent
- > Lisa Schrammel (FIAN), Schriftführerin (bis 21. November 2023)
- > Anna Leitner (GLOBAL 2000), Schriftführerin (ab 21. November 2023)
- > Barbara Steiner (transform.at)
- > Raphael Haag (AUGE/UG)
- > Herbert Wasserbauer (Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar)

### Rechnungsprüfer:innen

- > Heidemarie Ambrosch (transform.at)
- > Nikolaus Ludwiczek (Südwind)

## Generalversammlung

Die Mitgliederversammlung fand am 21. November 2023 in den Räumlichkeiten der ksoe statt. Der Vorstand wurde statutengemäß entlastet. Anna Leitner (GLOBAL 2000) wurde neu in den Vorstand gewählt. Stefan Grasgruber-Kerl (Südwind), Anna Mago (Fairtrade), Raphael Haag (AUGE/UG), Barbara Steiner (transform.at) und Andrew Lindley (AIT) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

## Jahresabschluss 2023

Einnahmen in Euro		Ausgaben in Euro	
Mitgliedsbeiträge	8.710,00	Personalkosten	49.051,26
Förderungen	50.748,37	Infrastruktur	3.254,66
Sonstige Einnahmen	6.570,00	Honorare, Dienstleistungen Dritter	5.110,53
		Sonstiges & Bankspesen	3.810,26
Einnahmen gesamt	66.028,37	Ausgaben gesamt	61.226,71
		Jahresüberschuss: 4.801,66 €	
Vermögen per 31.12.2023: 26.341,94 €			

## Mitglieder

### Ordentliche Mitglieder

Zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs, Arbeitnehmer:innenvertretungen) können ordentliche Mitglieder werden, d.h. sie haben Stimmrecht und ihre Vertretungen können in den Vorstand gewählt werden. 2023 zählt der Verein 22 ordentliche Mitglieder:

- > ARGE Weltläden 
- > Attac 
- > Alternative und Grüne Gewerkschafter:innen/UG (AUGE/UG) 
- > Betriebsrat des Austrian Institute of Technology (AIT) 
- > Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar (DKA) 
- > FAIRTRADE Österreich 
- > FIAN 
- > Finance & Trade Watch 
- > GLOBAL 2000 
- > Globale Verantwortung (AG für Entwicklung und Humanitäre Hilfe) 
- > HORIZONT 3000 
- > Jugend Eine Welt 
- > Katholische Jugend Österreichs (kjoe) 
- > Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe) 
- > Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte 
- > ÖBV - Via Campesina 
- > Österreichische Liga für Menschenrechte 
- > Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) 
- > Südwind 
- > The World of NGOs 
- > transform!at 
- > ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit 

### Außerordentliche Mitglieder

Andere Institutionen sowie interessierte Einzelpersonen können außerordentliches Mitglied werden. Derzeit hat der Verein 4 außerordentliche Mitglieder.

## Mitgliedschaften & Bündnisarbeit

### ECCJ

Der Verein ist Mitglied der „European Coalition for Corporate Justice“ (ECCJ) mit Sitz in Brüssel. NeSoVe hat an der Generalversammlung im Mai 2023 in Brüssel teilgenommen.



### AG Rohstoffe

2016 formierte sich die Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe mit dem Ziel der Sensibilisierung für soziale und ökologische Wirkungen von Rohstoffabbau -verarbeitung, und -nutzung und bei Wirtschaft und Politik für die Etablierung sozialer und ökologischer Kriterien in der Rohstoffpolitik zu lobbyieren. Die AG wurde durch NeSoVe, DKA – Hilfswerk der katholischen Jungschar, Südwind, und Global 2000 gegründet und ist seither um das Jane Goodall Institut – Austria, solidar Austria und Re-Use Austria gewachsen. Sie wird von der ÖFSE wissenschaftlich begleitet. Im Jahr 2023 stand das von der ADA geförderte Projekt „#Rohstoffwende“ im Fokus.

### Treaty Allianz

2014 wurde auf UN-Ebene der Prozess für ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („TNC Treaty“) angestoßen. Die internationale Treaty Alliance umfasst mittlerweile über 1100 Organisationen und Bewegungen weltweit. Ende 2016 schloßen sich auch in Österreich zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Arbeitnehmer:innenvertretungen zusammen, um für das Treaty zu lobbyieren. Der Prozess ist einer der Schwerpunkte des NeSoVe, das Netzwerk koordiniert die Treaty Allianz Österreich. NeSoVe war auch 2023 wieder in Genf bei den Verhandlungen anwesend und traf die ständige Vertretung Österreichs. Im Vorfeld der Verhandlungen führten wir Gespräche mit Vertreter:innen des Außenministeriums.



## Kampagne: Menschenrechte brauchen Gesetze!

Nachdem die EU-Kommission im Februar 2022 einen Richtlinienvorschlag für das EU-Lieferkettengesetz präsentierte und auch der Rat seine Position im Dezember 2022 festlegte, war das EU-Lieferkettengesetz im ersten Halbjahr 2023 Verhandlungsgegenstand des Europäischen Parlaments. So wurde das EU-Lieferkettengesetz in zahlreichen Ausschüssen behandelt. Im April 2023 konnte anschließend im Rechtsausschuss ein Kompromiss erzielt werden.

Ebenfalls im April 2023 jährte sich die Katastrophe von Rana Plaza zum 10. Mal. Bei dem Einsturz der Fabrik Rana Plaza handelt es sich um die schwerste Katastrophe in der Geschichte der Bekleidungsindustrie, über 1.100 Menschen sind ums Leben gekommen, über 2.000 Menschen wurden verletzt. Anlässlich des Jahrestags organisierten wir gemeinsam mit der Clean Clothes Kampagne und weiteren Organisationen eine Gedenkkundgebung.

Rana Plaza und zahlreiche andere Fälle in der Bekleidungsindustrie verdeutlichen, dass die Perspektive von Betroffenen im Mittelpunkt des EU-Lieferkettengesetzes stehen muss und es daher einer fairen Beweislastverteilung bedarf. Die Beweislast darf nicht allein auf den Schultern der Betroffenen liegen. Es braucht eine Umkehr, sodass Unternehmen nachweisen müssen, dass sie sich an die Regeln halten.

Der parteiübergreifende Kompromiss, welcher im April 2023 im Rechtsausschuss erzielt werden konnte, war auch Grundlage für die Abstimmung im Plenum des EU-Parlaments. Um so mehr sorgte es für Irritationen, als Abgeordnete der EVP kurzfristige Abänderungsanträge einbrachten, welche die Position des EP stark abgeschwächt hätten. Im Vorfeld der EP-Abstimmung appellierten wir im Zuge einer Aktion an die EU-Abgeordneten, für ein starkes und effektives EU-Lieferkettengesetz zu stimmen.



© Christopher Glanzl

Die Mehrheit der EU-Abgeordneten stimmte für den Kompromiss des Rechtsausschusses und lehnte die Abänderungsanträge somit ab. Die EP-Position war in vielen Punkten progressiver als der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission und die Allgemeine Ausrichtung des Rates.



Diese betrafen beispielsweise sowohl die Frage, wie viele Unternehmen von einem zukünftigen EU-Lieferkettengesetz betroffen wären, als auch, wie weit die Sorgfaltspflichten reichen würden. Vor diesem Hintergrund starteten im Juni 2023 die sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen. Diese Verhandlungen dienen dazu, trotz unterschiedlicher Positionierungen einen gemeinsamen Kompromiss zu erarbeiten.



© BMAW/Holey

Bei unseren Gesprächen mit Justizministerin Alma Zadić und Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher thematisierten wir, dass sichergestellt werden muss, dass das EU-Lieferkettengesetz einen effektiven Beitrag leisten muss, um Menschenrechte, die Umwelt und das Klima entlang globaler Wertschöpfungsketten zu schützen.

Die Aktivisten Maxwell Atuhura und Nicholas Omonuk, die anlässlich einer Speakers Tour im Herbst 2023 in Österreich waren, unterstrichen bei dem Termin mit Ministerin Zadić die drastischen Folgen der EACOP-Pipeline. Diese soll Erdöl vom Ufer des Albertsees (in Uganda) über den Murchison Falls Nationalpark bis an die Küste von Tansania transportieren. Die Pipeline soll 1.400km umfassen, damit handelt es sich um die längste geplante beheizte Pipeline der Welt. Die Aktivitäten werden das Land von mehr als 100.0000 Menschen betreffen. Das Projekt wird jährlich 34 Mio. Tonnen CO2 verursachen, das entspricht der Hälfte des CO2-Ausstoßes von Österreich. Der EACOP-Fall verdeutlicht somit die Notwendigkeit von menschenrechtlichen, umweltbezogenen und klimabezogenen Sorgfaltspflichten.



© BMJ/Azemi

Für uns ist klar: das EU-Lieferkettengesetz muss für Gerechtigkeit sorgen! Viel zu lange wurden Betroffene von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in Stich gelassen. Das Leid, das für unsere T-Shirts, unsere Smartphones und unsere Schokolade wesentlich in Kauf genommen wird, ist unendlich. Mit einer 10 Meter hohen Justitia machten wir im Herbst 2023 am Platz der Menschenrechte auf das Leid, jener Menschen aufmerksam, die seit Jahrzehnten keine Gerechtigkeit erfahren haben.



Von 23. bis 27. Oktober fand die 9. Verhandlungsrunde zum UN-Treaty statt. Als Treaty Allianz beteiligten wir uns vor Ort aktiv mit mehreren Stellungnahmen an den Diskussionen. Das Abkommen wäre ein globales Lieferkettengesetz und soll sicherstellen, dass Unternehmen Verantwortung für ihre gesamte Wertschöpfungskette übernehmen. So soll es Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen u.a. den Zugang zu Rechtsmitteln erleichtern.

Im Zuge der Trilog-Verhandlungen machten wir mit einer Aktion vor dem österreichischen Bankenverband auf die notwendige Inklusion des Finanzsektors im EU-Lieferkettengesetz aufmerksam. Denn auch der Finanzsektor kann zu Menschenrechtsverletzungen beitragen. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn eine Bank einem Bergbauunternehmen einen Kredit zur Finanzierung von



geplanten Vorhaben zur Verfügung stellt. Im Zuge dieser Aktivitäten kann es in weiterer Folge zu Menschenrechtsverletzungen kommen. Wäre die Bank vom Lieferkettengesetz erfasst, müsste sie zuerst Risikoanalysen durchführen und die Verletzung von Menschenrechten könnte verhindert werden.

Mitte Dezember konnte im Zuge der Trilog-Verhandlungen zum EU-Lieferkettengesetz eine Einigung erzielt werden. Doch bereits wenige Wochen später wurde der erzielte Kompromiss wieder in Frage gestellt. Die darauffolgenden Verhandlungen dauerten bis ins Frühjahr 2024.

## Projekt: „Die Implementierung des EU-Lieferkettengesetzes am Beispiel des Kakaosektors“

Im Rahmen des Projekts wurde beleuchtet, welchen Beitrag, das EU-Lieferkettengesetz leisten kann, um Missstände im Kakaosektor zu bekämpfen. Über 60% des weltweiten Kakao-Anteils wird in Ghana und der Côte d'Ivoire angebaut. Seit über 20 Jahren wird darüber berichtet, dass auf westafrikanischen Kakaoplantagen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten müssen. So wurde eine Reihe von freiwilligen Maßnahmen ergriffen, die alle zwar das Ziel verfolgten, ausbeuterische Kinderarbeit im Kakaosektor zu bekämpfen, diesbezüglich jedoch nicht wirksam waren. Aus diesem Grund nahmen verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, wie sie in den UNGPs, den OECD-Leitsätzen und den Positionen der Kommission, des Rates und des Europäischen Parlaments zum EU-Lieferkettengesetz enthalten sind, eine zentrale Rolle ein.

Die einzelnen Schritte der Sorgfaltspflichten wurden in Bezug auf den Kakaosektor beschrieben. So ist es zentral, dass Unternehmen u.a. Risiken analysieren, Maßnahmen ergreifen, aber auch überprüfen, ob diese Maßnahmen wirksam hinsichtlich des identifizierten Risikos sind. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten bedeuten, dass Unternehmen kommunizieren werden, ob sie beispielsweise Kinderarbeit entlang ihrer Wertschöpfungskette festgestellt haben. Wenn dies der Fall war, welche Maßnahmen sie zur Bekämpfung von Kinderarbeit ergriffen haben und ob diese wirksam waren. Im Projekt wurde herausgearbeitet, dass Maßnahmen die lediglich Kinderarbeit betreffen nicht ausreichen, sondern die Ursache dieser Problematik im Zentrum stehen muss, um ausbeuterische Kinderarbeit langfristig zu bekämpfen. Hierbei handelt es sich um die Armut der Kakaobäuer:innen. Denn aufgrund dieser arbeiten auch die eigenen Kinder auf den Anbauflächen mit. Somit bedarf es im Zuge von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten Maßnahmen, um die Armut von Kakaobäuer:innen zu bekämpfen. Das EU Lieferkettengesetz beinhaltet zwei wesentliche Elemente, die hierzu beitragen können: nämlich faire Einkaufspraktiken sowie existenzsichernde Einkommen. Das Projekt wurde vom Sozialministerium gefördert.

## Projekt: „Mit Menschenrechtsschutz für eine nachhaltige Zukunft“

Das Projekt „Mit Menschenrechtsschutz für eine nachhaltige Zukunft“ hatte einen Fokus auf die UN-Verhandlungen zu Wirtschaft und Menschenrechten (UN-Treaty) und hat darüber hinaus auch das EU-Lieferkettengesetz sowie die Verordnung zum Importverbot von Produkten aus Zwangsarbeit thematisiert. Insbesondere die Unterstützung von Human Rights Defenders sowie die Förderung von Jugend-Partizipation standen im Zentrum des Projekts. Im Rahmen des Projekts fand ein Webinar und eine Pressekonferenz u.a. gemeinsam mit Babur Ilchi, Program Manager des „Uyghur Human Rights Project“ statt. Das Projekt wurde durch das BMEIA im Rahmen der Vienna+30 Folgeveranstaltungen gefördert.

## Auswahl an öffentlichen Veranstaltungen und Lobbygesprächen

- > 23-25. Jänner: Teilnahme an den „Justice Days“ in Brüssel (im Rahmen der europaweiten Kampagne Justice is Everybody's Business)
- > 20. März: Austausch mit NR-Abgeordneter Julia Herr
- > 29. März: Teilnahme am Fairtrade-Parlamentsfrühstück
- > 5. Juni: Austausch mit UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk gemeinsam mit anderen österreichischen NGOs
- > 15.-17. Juni: Teilnahme am EU Policy Retreat in Schlaining (organisiert von der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik)
- > 4. September: Austauschtreffen mit Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher
- > 14. September: Vortrag & Podiumsdiskussion in Baden
- > 19. September: Austauschtreffen mit Bianca Schranz (Kabinett BMF)
- > 25. September: Teilnahme am Round Table im Justizministerium
- > 2. Oktober: Austauschtreffen mit Justizministerin Alma Zadić (u.a. gemeinsam mit Parid Ridwanuddin von der indonesischen Organisation WALHI)
- > 12. Oktober-16 Oktober: Speakers Tour mit den Menschenrechts- und Klimaaktivisten Maxwell Atuhura und Nicholas Omonuk
- > 16. Oktober: Austauschtreffen mit Justizministerin Alma Zadić (u.a. mit Maxwell Atuhura und Nicholas Omonuk)
- > 18. Oktober: Austauschtreffen mit Ulrike Butschek, BMEIA, Abteilung 1.7 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der österreichischen Treaty Allianz
- > 23.-25. Oktober: Teilnahme an UN-Verhandlungen zum Treaty (9. Arbeitsgruppensitzung) in Genf inkl. schriftlicher und mündlicher Stellungnahmen
- > 22. November & 24. November: Teilnahme an Filmgesprächen im Rahmen von „HUNGER.MACHT. PROFITE“ in Graz und Linz
- > 15. Dezember: Austausch mit Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher

## Medienberichte & Presseaussendungen

- > 17. Februar – Presseaussendung: Soziale Gerechtigkeit ist auch Ihr Business, Minister Kocher – [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20230217\\_OTS0014/soziale-gerechtigkeit-ist-auch-ihr-business-minister-kocher](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230217_OTS0014/soziale-gerechtigkeit-ist-auch-ihr-business-minister-kocher)
- > 5. April – Arbeit&Wirtschaft Magazin: Lieferkettengesetz: Österreich wird zum Außenseiter in Europa – <https://www.arbeit-wirtschaft.at/lieferkettengesetz-oesterreich-wird-zum-aussenseiter-in-europa/>
- > Frühjahr – Weltladen Magazin: Lieferkettengesetz what's up? – [https://www.weltladen.at/fileadmin/user\\_upload/Weltladen\\_Magazin\\_20231-final\\_low.pdf](https://www.weltladen.at/fileadmin/user_upload/Weltladen_Magazin_20231-final_low.pdf)
- > 25. April – Presseaussendung: EU-Staaten einigen sich bei Lieferkettengesetz – [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20230425\\_OTS0130/eu-verhandlungen-zum-lieferkettengesetz-schlupfloecher-gefaehrden-menschenrechtsschutz](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230425_OTS0130/eu-verhandlungen-zum-lieferkettengesetz-schlupfloecher-gefaehrden-menschenrechtsschutz)
- > 30. Mai – Presseaussendung: Geplante Abschwächungen des Lieferkettengesetzes. NeSoVe und Südwind üben scharfe Kritik an ÖVP und EVP – [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20230530\\_OTS0009/geplante-abschwaechungen-des-lieferkettengesetzes-nesove-und-suedwind-ueben-scharfe-kritik-an-oevp-und-evp](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230530_OTS0009/geplante-abschwaechungen-des-lieferkettengesetzes-nesove-und-suedwind-ueben-scharfe-kritik-an-oevp-und-evp)
- > 1. Juni – Presseaussendung: Breites zivilgesellschaftliches Bündnis begrüßt Mehrheit für EU-Lieferkettengesetz – [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20230601\\_OTS0134/breites-zivilgesellschaftliches-buendnis-begruesst-mehrheit-fuer-eu-lieferkettengesetz](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230601_OTS0134/breites-zivilgesellschaftliches-buendnis-begruesst-mehrheit-fuer-eu-lieferkettengesetz)
- > 20. September – Presseaussendung: Minister Kocher, setzen Sie sich jetzt für ein starkes EU-Lieferkettengesetz ein – [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20230920\\_OTS0119/minister-kocher-setzen-sie-sich-jetzt-fuer-ein-starkes-eu-lieferkettengesetz-ein](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230920_OTS0119/minister-kocher-setzen-sie-sich-jetzt-fuer-ein-starkes-eu-lieferkettengesetz-ein)
- > 23. Oktober – Presseaussendung: Globales Lieferkettengesetz muss Betroffene und die Umwelt effektiv schützen [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20231023\\_OTS0020/globales-lieferkettengesetz-muss-betroffene-und-die-umwelt-effektiv-schuetzen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231023_OTS0020/globales-lieferkettengesetz-muss-betroffene-und-die-umwelt-effektiv-schuetzen)
- > 30. Oktober – Presseaussendung: Weltspartag: Finanzsektor darf beim EU-Lieferkettengesetz nicht ausgespart werden – [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20231030\\_OTS0082/weltspartag-finanzsektor-darf-beim-eu-lieferkettengesetz-nicht-ausgespart-werden](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231030_OTS0082/weltspartag-finanzsektor-darf-beim-eu-lieferkettengesetz-nicht-ausgespart-werden)
- > 7. Dezember – Presseaussendung: Nachhaltige Energiewende nur mit effektivem Lieferkettengesetz – [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20231207\\_OTS0096/nachhaltige-energiewende-nur-mit-effektivem-lieferkettengesetz](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231207_OTS0096/nachhaltige-energiewende-nur-mit-effektivem-lieferkettengesetz)
- > 14. Dezember – ORF: Einigung auf EU-Lieferkettengesetz – <https://orf.at/stories/3342807/>
- > 14. Dezember – Salzburger Nachrichten: IV-Chef: „Bürokratische Lawine“ durch EU-Lieferkettengesetz – <https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/iv-chef-buerokratische-lawine-eu-lieferkettengesetz-150128215>
- > 14. Dezember – Presseaussendung: EU-Lieferkettengesetz: Kompromiss stellt Meilenstein dar – [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20231214\\_OTS0030/eu-lieferkettengesetz-kompromiss-stellt-meilenstein-da](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231214_OTS0030/eu-lieferkettengesetz-kompromiss-stellt-meilenstein-da)
- > 19. Dezember – Weltsichten: Jubel und Sorgen nach Einigung auf EU-Lieferkettengesetz – <https://www.welt-sichten.org/artikel/42135/jubel-und-sorgen-nach-einigung-auf-eu-lieferkettengesetz>

## Ausblick 2024

Bereits in den ersten Wochen des Jahres 2024 zeichnete sich ab, dass die Verhandlungen rund um das EU-Lieferkettengesetz noch länger andauern werden. Denn der Kompromiss, der im Zuge der Trilog-Verhandlungen Mitte Dezember 2023 erzielt wurde, wurde leider von einigen Politiker:innen wieder in Frage gestellt. Bereits der Kompromisstext beinhaltet zahlreiche Schlupflöcher und machte deutlich, dass der Kampf für eine Welt ohne Ausbeutung noch lange nicht vorbei ist. Durch das Fehlen echter Klimaverpflichtungen sowie durch weitreichende Ausnahmen für den Finanzsektor gefährdete bereits der ursprüngliche Kompromisstext die Effektivität der EU-Richtlinie. Die darauffolgenden Entwicklungen führten zu weiteren Abschwächungen.

Daher steht das EU-Lieferkettengesetz auch 2024 im Fokus unserer Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“. Ebenso werden wir uns in die europaweite Kampagne „Justice is Everybody’s Business“ einbringen. So setzt sich NeSoVe 2024 weiterhin für ein effektives EU-Lieferkettengesetz ein und trägt, darüber hinaus, aktiv zu einer faktenbasierten Debatte bei.

Denn gerade in einem Superwahljahr braucht es Fakten. Insbesondere die Nationalratswahl stellt für die nationale Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes eine Richtungsentscheidung dar. Denn im Zuge der nationalen Umsetzung der Richtlinie hat Österreich die Möglichkeit die Schlupflöcher zu stopfen und sicherzustellen, dass das Lieferkettengesetz Menschenrechte, die Umwelt und das Klima entlang der gesamten Wertschöpfungskette effektiv schützt.

Im Jahr 2024 beginnt das neue Projekt „Deine Stimme für globale Gerechtigkeit!“, welches von der ADA gefördert wird und einen Fokus auf Jugendpartizipation legt. Im Zentrum des Projekts steht das UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. 2024 wird bereits die 10. Verhandlungsrunde des UN-Prozesses stattfinden. Weiters werden wir in einem vom Sozialministerium geförderten Projekt uns sowohl mit dem EU-Lieferkettengesetz als auch mit der Zwangsarbeitsverordnung beschäftigen.



